



Juniorenfirmen Projekt S. 4

Zwischenstand des DBU-geförderten Projekts



Plug-in Hybrid S. 8 – 9

Interview mit Bernhard Köhler COO Fiskerautomotive



Klimapolitik S. 5

Interview mit Dr. Franz Alt



© Fotolia

UnternehmensGrün - Manifest

Der Ausstieg aus dem Ausstieg: Wir sagen Nein!

Die neue Bundesregierung will den mit der Energiewirtschaft vereinbarten Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig machen und die Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke verlängern.

Wir, Unternehmen, Unternehmerinnen und Unternehmer, Selbständige sowie leitend in der Wirtschaft Tätige, halten diese Absicht für fatal – aus energiepolitischen, ethischen und vor allem auch aus ökonomischen Gründen. Wir fordern die Bundesregierung auf, am Atomausstieg gemäß den Vereinbarungen mit der Atomwirtschaft und dem geltenden Atomausstiegsgesetz festzuhalten.

Atomkraftwerke haben ein hohes Restrisiko

Bis heute konnte weder in Deutschland noch in anderen Ländern ein sicheres Endlager zur dauerhaften Einlagerung von hoch radioaktivem Atommüll aus Kernkraftwerken gefunden werden. Die jahrzehntelange Suche nach geeigneten Lagerstätten hat zumindest zu einer Gewissheit geführt: mangels Erfahrungswerten über das Verhalten von Gesteinen und zu verwendender Materialien gibt es keine sichere Endlagerung. Die Entwicklung des Salzstocks Asse zeigt, dass einst für sicher gehaltene Bergwerke bereits nach wenigen Jahrzehnten – dies ist angesichts der Halbwertszeit der einzulagernden strahlenden Abfälle ein lächerlich kurzer Zeitraum – für nicht mehr sicher gelten. Das Restrisiko, die Überwachung und die Gewährleistung einer sicheren Endlagerung belasten die Allgemeinheit und insbesondere künftige Generationen, nicht zuletzt auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Durch eine Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke um acht Jahre würde das Atommüllaufkommen um weitere 28 Prozent steigen und damit die bereits jetzt vorhandene Endlagerproblematik verschärfen.

Es ist inzwischen unbestritten, dass insbesondere die Reaktoren älterer Bauweise dem Absturz von Passagierflugzeugen nicht stand halten und auch nicht anderweitig vor Abstürzen zu sichern sind. Das Risiko eines Terroranschlags auf Atomkraftwerke mit verheerenden Folgen für Natur und Bevölkerung ist bei einer Laufzeitverlängerung um viele weitere Jahre latent vorhanden.

Zahlreiche Studien belegen eine Häufung von Leukämie-Erkrankungen in der Nähe von Kernkraftwerken, insbesondere bei Kindern. Vieles deutet darauf hin, dass auch die deutschen AKWs nicht so sicher sind, wie behauptet wird: messbare Strahlenbelastungen legen nahe, dass die Störfälle der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Die Vorgänge um den Reaktor Krümmel zeigen, dass die Informationspolitik der Kernkraftwerksbetreiber weder transparent noch glaubwürdig ist. Für den Fall des SuperGaus, der nie ganz ausgeschlossen werden kann, gibt es keinen Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung vor der nicht beherrschbaren Radioaktivität. Die Nutzung der Atomenergie ist damit aus humanitär-ethischen Gründen nicht verantwortbar. Eine Laufzeitverlängerung setzt die Bevölkerung noch weitere Jahrzehnte diesem existenziellen Risiko aus.

Atomkraftwerke sind kein Garant für niedrige Strompreise

Die Nutzung der Kernkraft zur Stromerzeugung verursacht hohe externe Kosten: weder die – nicht gelöste – Endlagerung des Atommülls noch das nicht versicherbare Restrisiko werden den Betreibern der Atomkraftwerke angerechnet, sondern sind von der Allgemeinheit zu tragen.

IN DIESER AUSGABE

Manifest Der Ausstieg aus dem Ausstieg: Wir sagen Nein!	Seite 1
Unternehmen in Verantwortung Gottfried Härle	Seite 3
Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften Dr. Nina Scheer	Seite 4
Sozialökologisches Mittelstandsforum in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung	Seite 4
Klimapolitik Interview mit Dr. Franz Alt	Seite 5
Paradigmenwechsel im Energiesystem Valentin Hollain	Seite 6
Plug-in Hybrid Interview mit Bernhard Köhler COO Fisker Automotive	Seite 8
Ethik in der Krise? Tagungsbericht	Seite 10
Impressum	Seite 6

Die Gewinne dagegen werden von der Atomwirtschaft verinnahmt: Nach einer Studie der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) erzielen die deutschen Stromriesen Eon, RWE, EnBW und Vattenfall Europe bei einer Laufzeitverlängerung von zehn Jahren allein für die sechs ältesten Anlagen Neckarwestheim I, Philippsburg I, Isar I, Brunsbüttel, Biblis A und B sowie den „Pannemeiler“ Krümmel Zusatzgewinne in Höhe von knapp 14 Milliarden Euro.

Mit dem Argument, ein Teil der Gewinne könnte in eine zukunftsweisende Energieversorgung investiert werden, wird der Verbraucher getäuscht: tatsächlich wird er nur ein weiteres Mal zur Kasse gebeten. Es ist anzunehmen, dass die Strompreise bei einer Laufzeitverlängerung weiter steigen werden. Dies legen Erfahrungen mit Monopolstrukturen sowie die Entwicklung des Strompreises der letzten Jahre nahe. Nach einem von der Deutschen Umwelthilfe erstellten Preisvergleich schneidet Ökostrom von Ökostromanbietern in allen Preissegmenten günstiger ab als Atomstrom der oben genannten Anbieter. Eine solche Strompreisentwicklung wird sich mit dem Ausstieg aus dem Ausstieg keineswegs umkehren, insbesondere dann nicht, wenn eine Laufzeitverlängerung mit Auflagen zum Ausbau Erneuerbarer Energien verbunden wird. Wenn die Strompreise – wie in den letzten Jahren – auch ohne solche Vorgaben bereits massiv gestiegen sind, werden die Stromkonzerne diese Investitionsauflagen erst recht als Vorwand benutzen, ihre Preise noch drastischer zu erhöhen. Insofern dürften die von der LBBW veranschlagten Zusatzgewinne eher zu niedrig sein.

Atomkraftwerke behindern den Ausbau Erneuerbarer Energien

Deutschland erzielte in den letzten Jahren beispiellose Zuwachsraten beim Ausbau Erneuerbarer Energien. Einem Fördervolumen (2008) von 4,8 Milliarden Euro stehen eingesparte 4,5 Milliarden Euro durch vermiedene externe Kosten und eingesparte 4,2 Milliarden Euro durch vermiedene fos-

Fortsetzung auf Seite 2

Editorial

Auch diese Ausgabe setzt eine Auseinandersetzung mit der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise fort. So handelte etwa im Oktober 2009 in der Brauerei Clemens Härle in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg e.V. veranstaltete Jahrestagung „Ethik in der Krise?“ von Fragen, wie sie nicht zuletzt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise motiviert zu stellen sind. Ausführungen zu einem Vortrag von Prof. Dr. Radermacher und Themen aus Diskussionsrunden, u.a. mit Florian Gerster finden sich in einem dem Titel der Veranstaltung gleich benannten Tagungsbericht. Die Wirtschaftskrise und Wege aus derselben beleuchtet auch Gottfried Härle in Thesen: Unternehmen in Verantwortung.

Mit dem Regierungswechsel wurde eine sowohl für den Umwelt- und Gesundheitsschutz aber auch für die Energieversorgung der Zukunft bedeutsame Frage ins Zentrum der Diskussion gerückt: die Frage nach Laufzeitverlängerungen deutscher Atomkraftwerke. Auch wenn mit Dr. Röttgen das Umweltministerium nicht in die Hände eines erklärten Atomenergiebefürworters fiel, so weiß hierzulande jeder um die noch dominierende Leitlinie der schwarz-gelben Koalition, wonach es die Atomenergie als sog. „Brückentechnologie“ zu begreifen gelte. Dass dies mit dem – ebenfalls im Koalitionsvertrag enthaltenen – Ziel des weiteren Ausbaus Erneuerbarer Energien schwer vereinbar ist, nimmt UnternehmensGrün mit dem „Manifest – Der Ausstieg aus dem Ausstieg: Wir sagen Nein!“ als eines der dort aufgeführten Argumente auf. Als Stimme einer verantwortlich mit Mensch und Umwelt wirtschaftenden Unternehmenserschaft richtet sich das Manifest an die Politik, auch um mit unbestreitbaren Fakten dem Märchen vom preiswerten Atomstrom etwas entgegen zu setzen.

Von Rahmenbedingungen im Kontext sowohl nationaler als auch internationaler Klimapolitik handelt ein Interview mit Dr. Franz Alt. Ein Interview mit Bernhard Köhler, COO und Mit-Gründer von Fisker Automotive wirft einen Blick in die USA und die Entwicklung von Plug-in Hybrid Fahrzeugen, wobei auch ein Vergleich mit dem europäischen status quo alternativer Antriebstechniken angestellt wird.

Der Aufsatz von Valentin Hollain widmet sich Speichertechnologien, wie sie als Dreh- und Angelpunkt eines intelligenten Mixes die Vollversorgung durch Erneuerbaren Energien erleichtern bzw. ermöglichen.

Mit Anbruch der zweiten Halbzeit des von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderten Projekts „Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften“ wird über den Zwischenstand des inzwischen bereits die zweite „Junioren-Generation“ betreuenden Projekts berichtet.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Dr. Nina Scheer

Geschäftsführerin UnternehmensGrün

Premium - Unterstützer



e.Konzept
Unternehmenspräsentationen



Fortsetzung von Seite 1

sile Brennstoffimporte gegenüber. Eine Investition in die Zukunft, die keinerlei endlagerbedingte Milliardengräber mit sich bringt, geschweige denn Abhängigkeiten von knapper werdenden Rohstoffen oder instabilen Regierungen. Auch Uran ist nur noch für ca. 50 – 70 Jahre verfügbar. Anreicherung und Wiederaufbereitung sind hochgradig energieintensive und kostenexplosive Prozesse. Zum Vergleich: die Abwrackprämie kostete den Staat fünf Milliarden Euro, ohne dass damit unsere Umwelt wesentlich entlastet oder die Automobilindustrie auf zukunftsfähige Produkte umgestellt worden wäre.

Die Gefahr ist groß, dass eine Laufzeitverlängerung den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien bremsst und behindert. Daran vermag auch eine etwaige Vorgabe, einen Teil der Zusatzgewinne in Erneuerbare Energien zu investieren, nichts zu ändern. Wer die Atomkraft als „Brückentechnologie“ bezeichnet, offenbart, dass er die vorhandenen Netzstrukturen ignoriert. Das Potenzial an nicht regelbarer Energie, wie es durch Atom- und Kohlestrommengen in unseren Netzen vorhanden ist und bei einer Laufzeitverlängerung weiter vorhanden sein wird, stellt faktisch eine Netzzugangssperre für Erneuerbare Energien dar, insbesondere für deren Stromspitzen. Eine Verlängerung der Laufzeiten verschärft und zementiert diese Blockaden im deutschen Stromnetz anstatt sie abzubauen. Sie verhindert eine Anpassung des Netzes an die dezentrale Erzeugungsstruktur Erneuerbarer Energien – einem Mix aus Wind, Sonne, Wasser, Biomassenutzung, Geothermie und Speichertechnologien. Ohne einen Umbau der Netzinfrastruktur ist eine – aus Klimaschutzgründen unausweichliche – Vollversorgung mit Erneuerbarer Energien nicht denkbar.

Bereits heute sind die Stromnetze vielerorts blockiert: Die gesetzlich durch das EEG geregelte Abnahme- und Vergütungspflicht wird angesichts unangepasster Netze umgangen und ausgehöhlt. Es wird zwar vergütet, ohne dass jedoch eine Abnahme erfolgte. Das ist „billiger“ als die Netze ent-

sprechend auszubauen und es bleibt „billiger“, wenn die Laufzeiten längst abgeschriebener Atomkraftwerke verlängert werden. Die schon bisher – insbesondere in Norddeutschland – übliche Praxis, unter Berufung auf Unzumutbarkeit den Direktleitungsbau zu verweigern, könnte so zum Regelfall werden. Eine Laufzeitverlängerung behindert damit den zukunftsgerichteten Umbau unserer Energieversorgung, anstatt ihn zu beschleunigen.

Atomkraftwerke gefährden die Investitionssicherheit

Neue Technologien können nur durch Markteinführung wachsen, Wettbewerbsfähigkeit erlangen, den Effizienzkriterien genügen und optimiert werden. Dafür sind entsprechende Rahmenbedingungen erforderlich, die langfristige Investitionssicherheit garantieren. In diesem Zusammenhang setzt eine Laufzeitverlängerung die falschen ökonomischen Signale: Indem die herkömmlichen, zentralistischen Erzeugungsstrukturen im Strombereich langfristig zementiert werden, schwinden der Druck und der Anreiz, in Erneuerbare Energien zu investieren.

Dem in den letzten Jahren stark gewachsenen Innovationspotenzial im Bereich der Erneuerbaren Energien droht eine massive Schwächung. Knapp 300.000 Arbeitsplätze, die in diesen stark exportorientierten Branchen geschaffen wurden, stehen auf dem Spiel. Damit gefährdet eine Laufzeitverlängerung die Technologieführerschaft Deutschlands in den bedeutendsten Wachstumsmärkten der Zukunft.

Wir fordern die Bundesregierung auf, nicht einseitig die Interessen weniger Stromkonzerne zu bedienen, sondern den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien nach Kräften zu beschleunigen. Dies liegt nicht nur im Interesse künftiger Generationen und des Klimaschutzes, sondern auch im wohlverstandenen ökonomischen Eigeninteresse unseres Landes.

Berlin, November 2009

Die Anti-Atom-Kampagne: WWW.100-GUTE-GRUENDE.DE

Arzt und Stromrebell
Dr. Michael Stadek



Sauberer
Strom-fairer
Preis!

Jetzt aussteigen!

Wechseln Sie zu sauberem Anti-Atomstrom:

Strom aus Erneuerbare Energien und klimaschonender, kommunaler Kraft-Wärme-Kopplung: der schnellste Weg in eine atomstromfreie Zukunft. Die EWS sind aus einer Bürgerinitiative entstanden, versorgen rund 90.000 Haushalts- und Gewerbekunden. Durch ihr Förderprogramm „Sonnencent“ konnten bereits 1.450 Kraftwerke in Bürgerhand entstehen. Das Engagement der Schönauer Energie-Initiativen wurde mit vielen Preisen wie dem Europäischen Solarpreis, dem Nuclear-Free-Future Award und dem Deutschen Gründerpreis ausgezeichnet.

Elektrizitätswerke Schönau
Vertriebs GmbH
Fon: 07673 - 88 85 - 0
www.ews-schoenau.de



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Unternehmen in Verantwortung

Sowohl die bankenbedingten Ursachen als auch die notwendigen politischen Konsequenzen stehen im Zentrum der öffentlichen Diskussion über die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise. Wenig Beachtung findet dagegen eine Sphäre, die maßgeblich am Entstehen der Finanzkrise beteiligt war: die Grundsätze der Unternehmensführung und der Unternehmensverantwortung.

Unternehmen in Verantwortung: Maßvolle Festlegung des Renditeziels

Die teilweise überzogenen Renditeerwartungen, insbesondere bei Großunternehmen und bei Banken, haben wesentlich zur Entstehung der Finanzkrise beigetragen. In vielen Fällen konnten diese Gewinne weder in der realwirtschaftlichen Unternehmenssphäre noch im operativen Bankengeschäft, sondern nur mit Hilfe hoch spekulativer Finanzmarkttransaktionen erzielt werden. Dies führte nicht nur das weltweite Bankensystem an den Rand des Abgrunds, sondern auch dazu, dass viele Finanzhäuser und Unternehmen ihre Kernkompetenzen vernachlässigten und sich zu sehr auf den Finanzmarkt konzentrierten. Darüber hinaus wurde durch die exorbitanten Renditeziele das Vertrauen in die marktwirtschaftliche Ordnung nachhaltig erschüttert.

So sehr die Erzielung von Gewinnen die Grundvoraussetzung für den langfristigen Bestand eines Unternehmens ist, so wenig dürfen überzogene Renditeerwartungen die Realisierung anderer Unternehmensziele gefährden oder gar zu einer Erosion des Unternehmenskerns beitragen. Eine Langfrist-Analyse der Aktienmärkte gibt Hinweise für nachhaltige und die Unternehmensexistenz sichernde Renditeziele: diese bewegen sich im mittleren einstelligen Bereich, also bei ca. 4 bis 7 %.

In familiengeführten Unternehmen oder Stiftungen wurden und werden Gewinnziele weit maßvoller festgelegt als in börsennotierten Großkonzernen. Umso wichtiger ist es, dass Aufsichtsräte und Manager dieser Betriebe die Renditeerwartungen ihrer Eigentümer, also der Aktionäre, nicht in schwindelerregende Höhen treiben, sondern auf den Zusammenhang zwischen maximalen Ertragszielen und langfristiger Unternehmenssicherung – und damit auch auf den Erhalt des Unternehmenswerts – hinweisen.

Unternehmen in Verantwortung: Abschied vom Wachstumsdogma

Was für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung zutrifft, gilt im Grundsatz auch für jeden einzelnen Betrieb: Wachstum allein entscheidet nicht über Kompetenz, Innovationskraft und damit Qualität eines Unternehmens. Wie einige aktuelle Beispiele drastisch zeigen, trifft eher das Gegenteil zu: spektakuläre Fusionen oder Übernahmeveruche haben einige renommierte Betriebe an den Rand des Abgrunds manövriert. Konzerne, die in den letzten Jahren unter Einsatz enormer Finanzmittel zusammengeschmiedet wurden, werden nun wieder – nicht selten vom Insolvenzverwalter – zerschlagen. Fusionen haben sich in vielen Fällen zu Milliardengräbern für die beteiligten Unternehmen entwickelt. Die dahinter stehende Wachstumslogik, von großwahn sinnigen Managern beschworen und oft genug von der herrschenden Betriebswirtschaftslehre untermauert, hat sich als untauglich erwiesen.

Weit mehr als Umsatzhöhe oder Umsatzwachstum bestimmen Mitarbeiterqualifikation, Kundenbeziehungen, Innovationskraft und Produktqualität den Wert eines Unternehmens. Erst der Aufbau und Erhalt eines funktionierenden, identitätsstiftenden Netzwerks aller am Unternehmen Beteiligten – also Eigentümern, Mitarbei-

tern, Lieferanten und Kunden – schafft die Grundlage für langfristigen wirtschaftlichen Erfolg.

Eine verantwortungsvolle Unternehmensführung begibt sich nicht in Abhängigkeit von jährlichen Wachstumsraten. Wichtiger und erfolgsversprechender sind Strategien, die den Unternehmenserhalt auch in Phasen stagnierender oder rückläufiger Umsätze garantieren und damit das Wachstumsziel nicht als Dogma begreifen. Dies schließt auch ein, in konjunkturell günstigen Zeiten Wachstumsoptionen nur vorsichtig und überlegt wahrzunehmen.

Unternehmen in Verantwortung: Ökologisch denken und handeln

Erst langsam setzt sich auch in Unternehmenskreisen die Erkenntnis durch, dass die Klimakrise unseren Wohlstand und damit unsere wirtschaftliche Entwicklung weit mehr gefährdet als noch vor wenigen Jahren angenommen – und wohl auch weit mehr als die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise. Viel zu langsam folgen dieser Erkenntnis auch die dringend erforderlichen Taten: Steigerung der Material- und Energieeffizienz in den Betrieben, Umstellung auf erneuerbare Energien, Entwicklung klimaschonender Produkte und Verfahren, neue Mobilitäts- und Transportkonzepte.

Langfristig erfolgreich werden die Unternehmen sein, die staatliche Rahmenbedingungen für klimabewusstes Wirtschaften nicht torpedieren, sondern ihre Unternehmensstrategie ökologisch ausrichten. Der Klimawandel ist nicht nur eine der größten Gefahren, vor denen die Menschheit steht, sondern könnte gleichzeitig Auslöser für eine neue technologische Revolution werden – mit allen Chancen, die sich daraus für fortschrittlich denkende und handelnde Unternehmen ergeben.

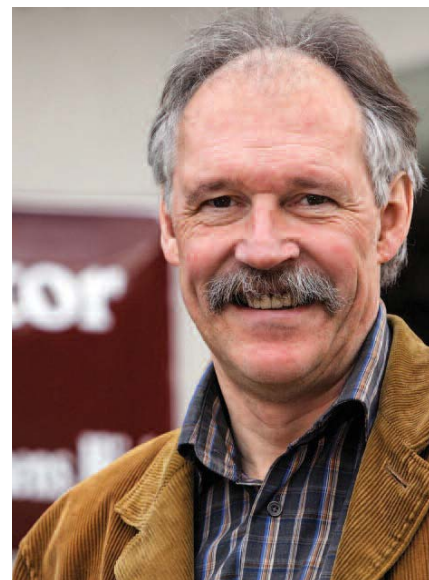
Die Weichen dafür sind auf oberster Unternehmensebene zu stellen. Klimaorientierte unternehmerische Strategien fallen nicht in das Aufgabengebiet der Umwelt- oder Marketingabteilungen, sondern in das des Unternehmensvorstands. Ähnlich wie die monetären Renditeziele durchziehen sie als Querschnittsaufgabe das gesamte Unternehmen – von der Produktentwicklung bis zum Vertrieb.

Unternehmen in Verantwortung: Die Mitarbeiter beteiligen

Die Verteilung von Vermögen in unserem Land hat sich im letzten Jahrzehnt weiter auseinander entwickelt. Nicht unwesentlich dazu beigetragen haben die Gewinne, die im Zuge von unseriösen Finanzmarkttransaktionen erzielt worden sind.

Staatliche Transferleistungen oder steuerpolitische Instrumente sind nur bedingt geeignet, die Vermögensbildung bei breiteren Bevölkerungsschichten zu befördern. Nicht selten sind solche politischen Initiativen leistungshemmend oder mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden.

Vielversprechender ist ein Instrument, das bereits seit Jahrzehnten diskutiert, aber noch viel zu wenig umgesetzt wird: die Beteiligung von Mitarbeitern am Betriebsvermögen. Diese Form der Vermögensbildung wirkt nicht nur einer zunehmend ungleichen Vermögensverteilung entgegen, sondern stärkt die Identifikation der Beschäftigten mit ihren Betrieben. Am unternehmerischen Erfolg sind bei solchen



Gottfried Härle,
Vorstand von UnternehmenGrün und
Geschäftsführer der Brauerei Clemens Härle
in Leutkirch, die seit Januar dieses Jahres
ihre Biere zu 100 % klimaneutral herstellt
und vertreibt, skizziert in fünf Thesen die
Anforderungen, die angesichts der Finanz-
und Klimakrise künftig an eine verantwortliche
Unternehmensführung zu stellen sind.

Vermögensbildungsmodellen nicht nur die Eigentümer und Führungskräfte beteiligt, sondern auch die Mitarbeiter. Außerdem kann über diese Form der Teilhabe am Erfolg manch tarifpolitische Auseinandersetzung entschärft werden.

Unternehmen in Verantwortung: Faire und nachhaltige Vergütungssysteme

Es ist unstrittig, dass eine der Hauptursachen der Finanzkrise in den Vergütungssystemen bei Großunternehmen, insbesondere bei Banken und Finanzdienstleistern zu suchen ist: Exorbitant hohe Bonuszahlungen haben die Risikobereitschaft bei vielen Finanzmanagern drastisch erhöht. Belohnt wurden kurzfristige Erfolge an den Finanz- und Aktienmärkten, langfristige Unternehmensorientierung und Grundregeln solider Bankenpolitik gerieten aus dem Blick.

Eine grundlegende Reform der Vergütungssysteme für die Führungskräfte in Banken und Unternehmen ist dringend geboten. Weniger die Politik als vielmehr die verantwortlichen Aufsichtsgremien in den Betrieben müssen die Entlohnungs- und Anreizsysteme grundlegend neu gestalten. Nicht kurzfristige Renditemaximierung oder Kurssteigerungen dürfen Höhe von Gehalt und Bonuszahlungen bestimmen, sondern der langfristige Unternehmenserfolg. Leistungsanreize sollten sich nicht nur an ökonomischen, sondern auch an sozialen und ökologischen Kriterien orientieren. So könnte etwa die Reduktion des betrieblichen CO₂-Ausstoßes durchaus ein Anknüpfungspunkt für Bonuszahlungen sein.

Neben der Struktur der Vergütungssysteme ist auch die absolute Höhe der Führungsgehälter kritisch zu überprüfen. Jahresbezüge in zweistelliger Millionenhöhe beeinträchtigen nicht nur die Akzeptanz unseres marktwirtschaftlichen Systems in breiten Bevölkerungskreisen, sondern verhindern die Entwicklung einer solidarischen Unternehmenskultur, die gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für viele Betriebe überlebensnotwendig ist.

Juniorenfirmen auf dem Weg zum nachhaltigen Wirtschaften



Dr. Nina Scheer

Die Zwischenbilanz des von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) mit einer Laufzeit von zwei Jahren geförderten Projekts fällt auch nach nunmehr drei Viertel der Projektlaufzeit weiterhin positiv aus. Auf der baden-württembergischen Abschlussveranstaltung im Sommer 2009 präsentierten einige der Junioren der sog. „ersten Generation“ die Ergebnisse ihrer Arbeit bei den Unternehmen, Kooperationspartner im Rahmen des Projekts. Es lässt sich summieren, dass die Junioren aus dem Projekt umfassende Erkenntnisse bzw. Lernerfolge über das Wesen ökologischer Wirtschaftswesen ziehen konnten. Die sowohl ökologische als auch ökonomische Bedeutung der betreffenden Wirtschaftszweige sowie das Kennenlernen umweltverträglicher Technologien und Produktionsprozesse regte bei vielen Junioren Kreativität und ein Vorstellungsvermögen über ihre eigene berufliche Zukunft an. Auf die jeweiligen Tätigkeitsbereiche der Junioren wurde bereits in dem Bericht von Wiebke Hampel, ehem. wissenschaftl. Mitarbeiterin von UnternehmensGrün, in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift eingegangen.

Nicht alle Junioren führten ihre Teilnahme vollständig durch. So war etwa nicht für alle Junioren die Mitwirkung an den von UnternehmensGrün mit Hilfe ausgewählter Dozenten angebotenen sechs Workshops möglich. Und auch die von den Junioren im Rahmen des Projekts geforderte Eigenverantwortung und Selbständigkeit vermochte nicht jeder Teilnehmer in gleichem Maße

aufzubringen. Solchen teilweise organisatorisch behebbaren Schwierigkeiten wird in der „nächsten Runde“, der sog. „zweiten Generation“ teilnehmender Junioren, mit veränderten Abläufen vorgegriffen.

In Berlin startet die nächste Generation Junioren in Kooperation mit dem Oberstufenzentrum für Bürowirtschaft und Dienstleistungen Berlin bereits zum Januar 2010, parallel zur Nachbereitungsphase. Die Unterstützung des OSZ umfasst – neben der Vermittlung von Schülern – auch die Finanzierung der Workshops, so dass für das Land Berlin im Rahmen des Projekts nun erstmalig eine das Projekt auch finanziell tragende Kooperation mit einer schulischen Einrichtung getroffen wurde. Die im Verlauf der ersten Generation bestehenden Unterstützungen beschränkten sich auf die Betreuung der Junioren und organisatorische Fragen. Das Engagement der Max-Weber-Schule in Freiburg und – schon während der ersten Generation – des OSZ in Berlin war eine wichtige und hilfreiche Unterstützung, für die UnternehmensGrün an dieser Stelle ausdrücklich danken möchte. Aber auch in Baden-Württemberg stehen die Junioren der „zweiten Generation“ in den Startlöchern. Eine



Abschlussveranstaltung: Die Junioren erhielten ihre „Nachhaltigkeitsqualifikation“.

gefördert durch



Deutsche Bundesstiftung Umwelt

stets aktualisierte Übersicht der kooperierenden Unternehmen und weitere Informationen im Zusammenhang mit dem Projekt können der projekteigenen Homepage entnommen werden: www.nachhaltige-juniorenfirmen.de.

Nach den gewonnenen Erfahrungen erweisen sich die Kooperationen mit den Schulen bzw. Oberstufenzentren mit Blick auf die Kommunikation mit den Junioren als unverzichtbar, auch wenn dies eine Einschränkung in der Chance auf Findung von Selbständigkeit bedeuten könnte. Die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen enthält aber auch noch einen weiteren wertvollen Aspekt: Das Ziel des Projekts, unternehmerisches Wirken aus dem speziell ökologischen Wirtschaftsleben an Jugendliche heranzuführen, kann und soll durch Kooperationen mit Schulen in diese hineingetragen werden.

Unsere Auswahl ökologisch wirtschaftender bzw. sich mit Fragen der Nachhaltigkeit wirtschaftlich auseinandersetzen- den Unternehmen spiegelt dabei die Facetten globaler Herausforderungen, den Klimawandel und die Ressourcenverknappung, wider. So erfuhr etwa die Junioren, die für den Solararchitekten Rolf Dirsch an Vermarktungskonzepten arbeiteten, unmittelbar die Interdisziplinarität und Vielfalt an Handlungsfeldern, die die Themen Energieeinsparung und Energiegewinnung enthalten. Eine an sich globale Herausforderung wird dabei zu einer gestalterischen Aufgabe.

Solche und weitere Erkenntnisse, wie sie auch von UnternehmensGrün-Seite aus betrachtet aus dem bisherigen Verlauf des Projekts gewonnen werden konnten, werden in der sog. Nachbereitungsphase in einem Handbuch zusammengefasst. Dieses soll die Herangehensweise in der interdisziplinären Vermittlung von Themen im Kontext ökologischen Wirtschaftens erleichtern und zu einer novellierten Lehre führen.

Dr. Nina Scheer

Projektleiterin und Geschäftsführerin UnternehmensGrün



Sozialökologisches Mittelstandsforum

Eine Kooperation zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung und UnternehmensGrün



Das für das Vorfeld von Gesetzgebungsverfahren und zur etwaigen Initiierung von Gesetzgebungsverfahren konzipierte Diskussionsforum kam am 7. Oktober 09 erstmalig in Form eines Expertengesprächs zusammen. Diskutiert wurde über die Berücksichtigung der Belange von mittelständischen Unternehmen im Rechtssetzungsverfahren. Der Austausch basierte auf Fragestellungen, wie sie sich aus dem Impulsreferat von Wolf-Michael-Catenhusen, stv. Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrats, ergaben.

Im September 2006 wurde der Nationale Normenkontrollrat für eine Amtszeit von fünf Jahren von der Bundesregierung berufen. Als unabhängiges Beratungs- und Kontrollorgan hat der Nationale Normenkontrollrat die Aufgabe, die Bundesregierung dabei zu unterstützen, die durch Gesetze verursachten Bürokratiekosten zu reduzieren.

In welcher Form die Ergebnisse des Normenkontrollrates und dessen Bewertung von Gesetzesvorhaben Auswirkungen auf den Mittelstand haben, wurde ausführlich anhand von Beispielen diskutiert. Ebenfalls beschäftigte man sich mit der Frage, ob die Prüfparameter des Normenkontrollrates mit Blick auf dessen Auftrag sinnvollerweise auf Fragen der Nachhaltigkeit bzw. Umweltverträglichkeit zu ergänzen sein könnten. Diese Überlegung war dem Umstand geschuldet, dass durch die Umsetzung von Normen mit Umweltrelevanz ebenfalls Kosten – für die Allgemeinheit, teilweise auch in Gestalt von Bürokratiekosten – anfallen können. Eine frühzeitige Schätzung und Benennung selbiger durch den Normenkontrollrat könnten zur Verhinderung entsprechender Vorhaben führen.

Mehrheitlich wurde die Erweiterung der Prüfparameter des Normenkontrollrates als nicht sinnvoll eingestuft. Neben Erwägungen, dass die Kontrolle von Aspekten der Nachhaltigkeit hinsichtlich ihrer Bürokratiekosten bereits in Ermangelung zur Verfügung stehender Daten nur unscharf zu führen sei, trat auch die Befürchtung, dass dies zur einer die Kompetenzen des Normenkontrollrats überschreitenden

Überprüfung von Gesetzgebungsvorhaben führte, auch mit Blick auf das Wirken des Nachhaltigkeitsrats.

Zu den weiteren Teilnehmern des Expertengesprächs zählten Dirk Bachmann, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Referat II A 1, Martina Fuchs-Buschbeck, Vorstand Oktoberdruck AG, Henning Heidemanns, Staatskanzlei Brandenburg, Bürokratieabbau, Dirk Horstkötter, freier Journalist, Jan Karsten Meier, Vorstand UnternehmensGrün e.V., Dirk Palige, Zentralverband des deutschen Handwerks, Leiter der Abteilung Recht, Michael Richter, Hachenberg und Richter Unternehmensberatung GmbH, Dr. Nina Scheer, Geschäftsführerin UnternehmensGrün e.V., Jörg Schintze, Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD, Bundesvorstand, Helmut Weber, Friedrich-Ebert-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialpolitik und Dr. Matthias Wittstock, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Referatsleiter II A 1.

Eine ausführliche Dokumentation wird in einer der nächsten Ausgaben der Publikationsreihe WISO-direkt unter www.fes.de/wiso/sets/s_publ.htm nachzulesen sein.

Klimapolitik Interview mit Dr. Franz Alt

Red.: Umweltminister Röttgen hält einen annähernd 100 %igen Ausbau Erneuerbarer Energien bis 2050 für möglich. Welche Umsetzungsschritte erwarten Sie auf nationaler Ebene nach einem solchen Bekenntnis?

Alt: Endlich hat auch ein Konservativer begriffen, dass wir 2050 oder auch schon 2040 – wenn wir das wollen – umsteigen können. Das ist sicherlich ein Fortschritt. Nur, dazu passen natürlich keine längeren Laufzeiten von Atomkraftwerken. Sie verstopfen das Netz, den Zugang für die Erneuerbaren. Insofern ist es immer noch ein Widerspruch, aber zugleich ein Fortschritt gegenüber früheren Bekundungen. Und er selber sagt ja, dass nur einige neuere AKW länger als 2022 laufen sollten. Aber das kann man ihm auch noch austreiben und er wird auch noch begreifen, dass wir keine neuen Kohlekraftwerke brauchen. Was die Fachleute schon lange sagen, kommt jetzt auch allmählich bei der Politik an, auch wenn ich glaube, dass Herr Röttgen innerhalb der Union und der Koalition noch eine Ausnahme ist. In der Union gibt es noch eine starke Kohle- und Atomlobby, in der FDP ohnehin. So ist es noch eine Einzelstimme und nicht die politische Linie der schwarz-gelben Koalition.

Red.: Wird er sich wohl durchsetzen können?

Alt: Wenn er das unbedingt will schon: Alle Sachargumente sprechen für ihn. Auf der anderen Seite stehen Lobbyargumente. Insofern bin ich optimistisch, dass er das schaffen kann, insbesondere wenn die Kanzlerin auf seiner Seite ist; das wird sich zeigen. Als ehemalige Umweltministerin weiß sie, dass es geht, was ihr jetziger Umweltminister will. Stück um Stück setzen sich die Sachargumente durch. Das lässt hoffen.

Red.: Und da stünde auch der Koalitionsvertrag nicht im Wege?

Alt: Eigentlich nicht, wenn man hinsichtlich der Brückentechnologie sagt: wir haben ja eine Brücke von 11 Jahren bis 2021, das reicht doch. Wir haben heute eher eine Überproduktion an Strom in Deutschland. Also ist doch einfach nicht wahr, wie von Seiten der alten Energiewirtschaft und der Koalition von einer drohenden Stromlücke gesprochen wird. Es ist eine Stromflut aber keine Stromlücke. Wir haben Energie im Überfluss, da wir immer mehr auf Erneuerbare Energien umsteigen. Wir müssen es nur intelligent anpacken: Speicherkapazitäten und neue Netzstrukturen ausbauen. Das ist die Voraussetzung, sonst klappt der 100 %ige Umstieg nicht.

Red.: ... zumal ja auch die Brückentechnologien – hörte man Frau Merkel genau zu – immer nur mit Blick auf eine „noch

nicht so weite Entwicklung der Erneuerbaren Energien“ angesetzt war.

Alt: Ja, das ist richtig und auch Frau Merkel ist lernfähig. Und vielleicht entscheidet sie sich 2013 für schwarz-grün; dann sieht das Ganze schon wieder anders aus.

Red.: International orientiert war ja bisher immer der Tenor zu vernehmen: Wir in Deutschland können alleine ohnehin nichts ausrichten. Die Emissionen werden hauptsächlich andersorts verursacht, insbesondere wenn die Entwicklungs- und Schwellenländer erstmal richtig zulegen. Kurz gefasst: „In China spielt die Musik“. Nun ist aber etwa von Achim Steiner, dem Töpfer Nachfolger des UNEP zu vernehmen, Deutschland solle eine Vorreiterrolle und Vorbildfunktion wahrnehmen. Ist das einfach nur ein Mut-Zuspruch oder eine Richtungsänderung, was die empfohlene Marschroute für internationale Politik angeht?

Alt: Wenn man Achim Steiner kennt, ist das sicherlich auch ein Mut-Zuspruch. Aber er hat auch in anderer Hinsicht völlig

Recht: das Hauptproblem sind nicht die Chinesen, das Hauptproblem sind u.a. die Deutschen, als rechte Industrienation. Wir produzieren 11 t CO₂ pro Jahr, die Chinesen 4 oder 5. Noch sind wir das Hauptproblem. Die Chinesen werden auch ein Problem, wenn sie all den Quatsch nachmachen, das ist richtig. Und die Inder sind Teil der Lösung: wenn wir alle so wenig CO₂ emittieren, wie die Inder, dann ist die Welt in Ordnung. Sie emittieren etwa 2 t im Jahr, die Afrikaner eine halbe. Also: Wir müssen werden wie die und die nicht wie wir. Das ist der entscheidende Punkt. Wir dürfen nicht mit dem erhobenen Zeigefinger – jetzt gerade in Kopenhagen-Zeiten – auf die Dritte-Welt-Länder deuten. Da zeigen immer 4 der fünf Finger auf uns zurück. Insofern müssen wir sehen: Das Hauptproblem sind nicht die Entwicklungs- und Schwellenländer, da haben die Dritte-Welt-Länder völlig Recht. Wir Reichen, die Industriestaaten, produzieren das CO₂. Also müssen wir hier anfangen. Das gute Beispiel ist das einzige was ziehen wird: mit gutem Beispiel voran gehen und die Emissionen Jahr um Jahr reduzieren, so wie es eine CO₂-neutrale Produktionsweise bis 2050 erfordert. Viele Regionen und Kommunen beweisen ja heute schon, dass das möglich ist. Deshalb ist es wichtig, dass auch in Kopenhagen die Schwellenländer stur bleiben und sagen: die reichen Länder müssen anfangen, sonst bewegt sich gar nichts.

Red.: Mit Achim Steiner ist es also auch als politisches Instrument zu verstehen, auf die Vorbildwirkung zu setzen, indem eben das Voranschreiten als Vorgehensweise auf internationaler Ebene nahegelegt wird ...

Alt: ... und weil es natürlich ökonomisch sinnvoll ist, wenn ich ökologisch produziere. Ich habe Vorteile gegenüber ande-

ren, weil ich keine Folgekosten habe. Insofern ist es politisch und ökonomisch klug, was Achim Steiner vorschlägt. Wissen Sie: Ich vertraue nicht auf die großen Klimakonferenzen. Der ganze Konferenzzirkus, den wir jetzt seit 20 Jahren beobachten, hat nur eines gebracht: dem Klima geht es immer schlechter. Und der einzige Beschluss, der wirklich konkret ist in Kopenhagen, wird wieder ein Beschluss über die nächste Konferenz sein. Insofern steht heute schon fest, wenn man die Erfahrungen der letzten 20 Jahren nicht aus dem Auge verliert: trotz schöner Worte vor Kopenhagen wird nicht viel erreicht werden. Am Schluss läuft es immer – und das ist sowohl im politischen, ökonomischen als auch privaten Leben nicht anders – auf eines hinaus: Das Einzige, was wirklich hilft, sind Vorbilder und Leuchttürme. Die brauchen wir, und wir werden uns an solchen orientieren. In der Menschheitsgeschichte war dies schon immer so: Gute Vorbilder sind ansteckend. Wenn ich den moralischen Zeigefinger erhebe, erreiche ich gar nichts. Wenn ich andere in die Ecke stelle, erreiche ich zwei Mal nichts, und wenn ich es nicht vormache, darf ich mich nicht wundern, wenn die anderen es nicht nachmachen. Wir haben doch die Technologien, wir haben doch die besten Voraussetzungen. Aber, wir haben zu viele Bedenkenträger. Das ist das Hauptproblem. Wir haben keine Erkenntnisprobleme – da

Ich vertraue nicht auf die großen Klimakonferenzen.

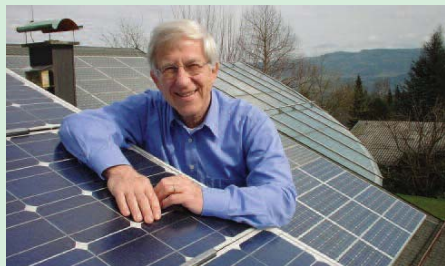
gebe ich der Kanzlerin völlig Recht – wir haben aber in der Umsetzung unendlich viel Verbürokratisierung und Verängstigung. Das ist das Einzige, was dem raschen Umsetzen im Wege steht. Wenn ich aber in Deutschland schon 18 % Strom aus Erneuerbaren Energien habe, weiß ich doch, wie ich in drei Jahrzehnten zu 100 % Erneuerbare Energien bzw. in zwei Jahrzehnten im Strombereich zu 100 % kommen kann. Das alles ist nicht mehr bestreitbar, war aber vor 20 Jahren noch anders. Damals gab es nur ein paar Pioniere, wie Hermann Scheer, die gesagt haben, dass es geht. Heute wissen wir, dass es geht.

Red.: Mehr und mehr kommt aber jetzt ans Tageslicht und wurde möglicherweise in der allgemeinen Diskussion um den Klimawandel bislang etwas vernachlässigt, dass auch andere Bereiche, etwa die Fleischproduktion bzw. die Rinderzucht und andere klimaschädliche Stoffe, wie etwa in Klimalanlagen verwendete, ein enormes Problem darstellen, zusammengenommen geschätzte 20 % aller weltweiten klimarelevanten Emissionen. Welche politischen Ebenen sind hier gefordert?

Alt: Das beste Mittel, Klimaschutzziele zu erreichen, ist immer der Preis. Wenn der Preis auf die tierischen Produkte hochgeht, werden die Leute weniger konsumieren. Es geht immer nur über den Geldbeutel und über Katastrophen. Das sind die beiden großen Lernhelfer, die die Menschheit hat: 1) der Geldbeutel: wenn etwas falsch ist, muss es teuer werden und 2) die Katastrophen, die uns alle viel Geld kosten werden und natürlich vor allem unendliches menschliches Leid. Dann wachen wir auf. Solange das Fleisch so billig ist wie heute, dürfen wir uns nicht wundern, wenn immer mehr Menschen Fleisch essen, weil es natürlich auch gut schmeckt, wenn man ehrlich ist. Also ich habe vor 30 Jahren mal entschieden, vegetarisch zu leben und es geht mir nicht schlecht dabei. Ausnahmen sind Einladungen, bei denen ich das Fleisch aus Höflichkeit nicht ablehnen möchte. Wenn das jeder macht, leben alle etwas gesünder, sparen Geld und schonen das Klima.

Red.: Gut, nun wissen wir, dass sich die Lancierung über das Verbraucherverhalten bzw. die Vernunft des Einzelnen nicht im rechten Zeitfenster vollziehen lässt. Es bedarf also weitergehender Schritte, wollen wir klimatisch das Schlimmste verhindern. Wenn wir uns nun überlegen: Im Bereich der

Fortsetzung auf Seite 6



Dr. Franz Alt studierte Politische Wissenschaften, Geschichte, Philosophie und Theologie. Zu seinen Arbeiten beim Südwestrundfunk zählen von 1972 – 1992 Leitung und Moderation des politischen Magazins „Report“. Seit 1992: Leiter der Zukunftsredaktion „ZEITSPRUNG“, in 3Sat seit 1997 als Leiter des Magazins „QUERDENKER“. Franz Alt schreibt Gastkommentare und Hintergrundberichte für über 40 Zeitungen und Magazine

und hält weltweit Vorträge. Zu seinen zahlreichen Auszeichnungen zählen der Bambi (1978), der Umweltpreis „Goldene Schwalbe“ (1992), der Europäische Solarpreis (1997), der Umwelt-Online-Award (2002) und der Umweltpreis der deutschen Wirtschaft (2004). Sein neuestes Buch: „Die Sonne schickt uns keine Rechnung – Neue Energie – Neue Arbeit – Neue Mobilität“, erschien im Oktober 2009, Piper Verlag, München.

Zu weiteren Informationen über Franz Alt vgl. <http://www.sonnenseite.com/>

Fortsetzung von Seite 5

Erneuerbaren gibt es Erfolgsmodelle, wie das EEG. Aber lassen sich solche Modelle politisch auch auf die anderen angesprochenen Bereiche übertragen?

Alt: Sie haben Recht: Alleine über den Verstand kommen die Menschen nicht zur Vernunft. Da brauchen wir politische Instrumente. Das EEG ist ein sehr erfolgreiches. Eine Ökosteuer, die aber den Namen verdient, wäre ein zweites Instrument. Wenn also die Spritkosten zum Transport der Lebensmittel über die ganze Welt über eine Ökosteuer, die wir schon längst haben müssten, entsprechend angehoben würden, sähe das schon ganz anders aus. Es muss endlich die Flug- und Schiffsbeizsteuer kommen. Wenn die Politik diese Instrumente wahrnimmt, haben wir andere Preise. Es führt kein Weg an solchen Instrumenten vorbei, wollen wir nicht eine Ökodiktatur oder einen grünen Adolf. In der Tat käme das ganz rasch. Da wir das nicht wollen und spätestens um dies zu verhindern, werden wir uns auf Ordnungsinstrumente, wie die eben genannten, konzentrieren müssen. Und es ist ein marktwirtschaftliches Instrument! Die Marktwirtschaft sieht das Verursacherprinzip vor: Wer etwas verursacht, muss dafür bezahlen. Um eine ganz scharfe Ökosteuer kommt die Welt nicht mehr herum, wenn das Wort Klimaschutz überhaupt noch einen Sinn haben soll.

Red.: Der Begriff Ökodiktatur erinnert mich an Herrn Prof. Radermacher, der sich im Rahmen seines Vortrages auf unserer diesjährigen Tagung „Ethik in der Krise?“ mit dem Effekt der Brasilianisierung auseinandersetzte. Die hier vorgeschlagenen Ansätze bedürfen allerdings eines internationalen Konsenses. Wären wir dann doch wieder auf ein „Kopenhagen“ angewiesen? Oder reichen auch hier Vorreiterationen?

Alt: Mit Deutschland allein nicht. Für eine Flug- und Schiffbenzinsteuer reichte aber auch schon Europa. Aber wissen Sie, wenn ich in Brüssel frage: „Woran liegt es denn: die Deutschen wollen doch!“, dann lacht jeder EU-Kommissar mich aus und sagt: „Ja, das sagen die Deutschen in Deutschland, hier sind sie aber die großen Bremsen. Und wenn ich in Berlin frage: „Wann kommt denn die Flugbenzinsteuer?“, dann sagen die in Berlin: „Wir wollten ja, aber die Brüsseler wollten nicht“. Wenn wir anfangen, in der EU konsequenter zu sein, wären wir schon ein Stück weiter auf der Welt. Und ich bin sicher: wenn ein Kontinent anfängt, werden die anderen folgen.

Red.: Meinen Sie, der Vertrag von Lissabon wird dabei hilfreich sein?

Alt: Das ist für mich ein Stück Hoffnung, sicher bin ich aber nicht.

Lieber Franz Alt, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte

Dr. Nina Scheer am 3. Dezember 2009



Impressum

Herausgeber: UnternehmensGrün e.V., Wielandstraße 17, 10629 Berlin, T 030/32599683, F 030/ 32599682, e-mail: info@unternehmensgruen.de, www.unternehmensgruen.de **Redaktion:** Dr. Nina Scheer, Chefredakteurin, v.i.S.d.P. **Layout:** Ute Vogt, freelance project, Stuttgart **Redaktionsbeirat:** Bernd Faller, Andreas Buchner, Klaus Stähle **Druck:** Oktoberdruck, Berlin; gedruckt auf 100% Recyclingpapier **Erscheinungsweise:** zwei Mal jährlich; Preis: im Jahresabonnement: 20,- zzgl. 5,00 Versand, für Mitglieder kostenlos. Anzeigenpreisliste auf Anfrage, Abonnements nimmt der Herausgeber entgegen. Das Abonnement kann acht Wochen vor Jahresende abbestellt werden. Alle in unserer Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Der Inhalt darf ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers in keiner Form – weder durch Fotokopie, noch durch andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Datenverarbeitungsmaschinen verwendbare Sprache übertragen werden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann der Herausgeber keine Haftung übernehmen. **Bildernachweise:** aboutpixel; Franz Alt; Fisker Automotive; Fotolia; Graffiti; Joachim E. Röttgers; younicos; photocase; Pixelio; UnternehmensGrün-Archiv

Paradigmenwechsel im

Für einen zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien ist es von entscheidender Bedeutung, Wachstumsbarrieren rechtzeitig zu erkennen und zu beseitigen. Die Verfügbarkeit leistungsfähiger und kostengünstiger Energiespeichertechnologien für die verschiedenen Anwendungsbereiche, von der kurzfristigen Netzstabilisierung bis zur Langzeitspeicherung, spielt dabei eine wichtige Rolle.



Dipl.-Geogr.
Valentin Hollain

Durch den Einsatz komplementärer Technologien lässt sich der Wandel von einem fossil-atomaren zu einem regenerativen Energiesystem deutlich beschleunigen. Dazu zählt neben der Informationstechnologie auch die Energiespeicherung. Die Verbindung von regenerativer Erzeugung und komplementären Technologien führt letztlich zu einem grundlegendem Paradigmenwechsel und Strukturwandel.

Erneuerbare Energien besitzen nicht nur enorme theoretische Potenziale, sondern inzwischen sind auch die entsprechenden Umwandlungstechnologien verfügbar, die einen zügigen Kapazitätsaufbau ermöglichen. So kann laut einer Ausbauproggnose des Bundesverbands Erneuerbare Energien allein in Deutschland der Anteil regenerativen Stroms bis zum Jahr 2020 von momentan 19 % auf 47 % ansteigen. Dies liegt deutlich über dem Ziel der aktuellen Bundesregierung, die nur 30 % anvisiert, was einer deutlichen Verlangsamung der aktuellen Wachstumsraten entspräche. Diese 30 % bilden jedoch eine Grenze, ab der sich ein tiefgreifender Strukturumbau im Stromsektor nicht mehr vermeiden lässt. Dies lässt auf eine sehr bewusste Wahl des genannten Zielwerts zugunsten fossil-atomarer Stromproduzenten schließen.

Voraussetzung für ein regeneratives Energiesystems ist ein deutlicher Rückgang der Grundlast im Stromnetz, die nicht mehr in einen Energiemix mit einem hohen Anteil fluktuierender Erzeugung aus Wind- und Solarstrom passt. Das 47 %-Szenario des Bundesverbands Erneuerbare Energien beinhaltet daher auch die Fortsetzung des Atomausstiegs. Der kann zum einen ohne Entstehen einer Stromlücke gemeistert werden und ist zum anderen eine der Grundvoraussetzungen für einen hohen Anteil Erneuerbarer Energien.

Eine Aussetzung des Atomausstiegs in Verbindung mit einem Transfer eines Teils der Einnahmen aus dem Weiterbetrieb der Kernkraftwerke in den Erneuerbare-Energien-Sektor wäre ein vergiftetes Geschenk, da hier ein grundlegender und unüberwindbarer Systemkonflikt besteht:

Fluktuierende Erzeuger kollidieren mit starrer fossil-atomarer Energieerzeugung. Ein neues Kohlekraftwerk, das weniger als 6.000 Vollaststunden im Jahr vorweisen kann, ist schlichtweg nicht rentabel. Die geplante Regelung der neuen Bundesregierung zwängte Erneuerbare Energien in das Korsett des fossil-atomaren Energiesystems, wie es unter anderem in Japan der Fall ist. Dort ist zum Beispiel ein 51 MW-Windpark mit einer 34 MW Natriumschwefelbatterie ausgestattet worden. Es darf jedoch keinesfalls die Rolle von Energiespeichern sein, einen Vorrang für fossil-atomaren Grundlaststrom abzusichern. Dies wäre eine kostspielige Charade zu Lasten der Stromkunden und der Umwelt.

Erneuerbare Energien haben sich nicht nach den Bedürfnissen des alten Energiesystems zu richten, sie bilden das Herzstück unserer künftigen Energieversorgung. Zur Einführung von Speichern gehört in jedem Fall die



© younicos

Dynamisierung der Stromerzeugung. Der dynamische Gegenpart für Wind- und Solarstrom kann z. B. durch Biogas und Wasserkraft aber natürlich auch durch Energiespeicher bereitgestellt werden. Das klassische Modell von Grund-, Mittel-, und Spitzenlast ist also auf das regenerative Energiesystem der Zukunft nicht mehr übertragbar.

Der Gesetzgeber ist dringend gefordert, gesetzliche Rahmenbedingungen und Anreize für die Schaffung von virtuellen regenerativen Kraftwerken und die Einbindung von Energiespeichern zu schaffen. So kann durch die Kombination einer häuslichen Photovoltaikanlage mit einem Lithium-Ionen-Speicher eine Steigerung des Eigenverbrauch-Anteils, der ja im aktuellen EEG gesetzlich geregelt ist, auf 60–70 Prozent erzielt werden. Warum also nicht analog zum 100.000-Dächerprogramm ein Programm für 100.000 Kombianlagen aus Photovoltaik/Kleinwind und Stromspeicher auflegen, anstatt Millionen öffentliche Mittel in die fragwürdige Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid zu investieren.

Neben der Lithium-Ionen-Technologie, die momentan in den Medien häufig diskutiert wird, gibt es zudem eine Fülle weiterer Technologieoptionen für die elektrochemische Energiespeicherung, die z. B. auch die sogenannten Redox-Flow-Batterien und Natriumschwefelbatterien (NaS-Batterien) umfasst, für die jedoch bisher noch kein Massenmarkt als Komplementärtechnologie der regenerativen Energien existiert.

Das Scheitern des Kombikraftwerksbonus vor der letzten Bundestagswahl war eine vertane Chance. Bis zur nächsten EEG-Novelle im Jahr 2012 werden 3 verlorene Jahre vergangen sein, während derer schon ein stabiler Markt für diese Technologien hätte entstehen können. Eine entsprechende

Das Scheitern des Kombikraftwerksbonus vor der letzten Bundestagswahl war eine vertane Chance.

Energiesystem



gesetzliche Regelung führte – analog zum EEG – zu weiteren Kostensenkungen und trieb die Leistungsfähigkeit der Technologien voran. Von einem aufnahmefähigen Massenmarkt profitierten viele öffentliche und private Forschungsvorhaben in Deutschland. Mit der Aussicht auf einen entsprechenden, zeitnahen „return on investment“ fließen zudem mehr finanzielle Mittel in diesen Sektor und könnten sich innovative Ideen schneller in marktauglichen Produkten niederschlagen.

Wie innovativ die Energiespeicherbranche ist, sei hier nur an einem Beispiel aufgezeigt, das im Rahmen der 4. Internationalen EUROSOLAR-Energiespeicherkonferenz

(24.–25. November 2009, Berlin), an der ca. 400 Teilnehmer und Experten aus 22 Ländern vertreten waren, für großes Aufsehen sorgte: Am „Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik IWES Kassel“ wird momentan eine neue Technologie für die Erzeugung von Methan aus Wasserstoff und Kohlendioxid entwickelt, die einen umfassenden und bahnbrechenden Ansatz für die Bereiche Strom, Wärme und Verkehr verspricht. Im Gegensatz zu Wasserstoff kann Methan nämlich ohne Probleme ins bestehende Erdgasnetz eingespeist und darüber verteilt werden. Ein Bauer hätte mit dieser Technologie die Möglichkeit auf seinen Äckern weiterhin Nahrungsmittel zu produzieren und gleichzeitig über Windenergieanlagen deutlich mehr Methan

zu erzeugen, als es über den Anbau von Energiepflanzen auf der gleichen Fläche möglich wäre. Die Handhabung von Methan ist seit Jahrzehnten Stand der Technik. Es kann mit Kraft-Wärme-Kopplung in Strom und Wärme umgewandelt oder auch in Fahrzeugen genutzt werden. So ließen sich zum Beispiel die Lichtblick-Mini-BKHWs des „Schwarmstromprojektes“ mit diesem synthetisch erzeugtem Methan betreiben.

Besonders spannend ist neben der Anwendungsbreite auch die Eignung für unterschiedliche Zeitskalen von der kurzfristigen Netzstabilisierung bis zur saisonalen Speicherung, die bei einer vollständigen regenerativen Energieversorgung gewährleistet sein muss. Denn auch Pump- und Druckluftspeicher können nur für einige Stunden Energie bereitstellen, nicht jedoch für Tage oder Wochen. Und auch für die chemische Industrie wird dieser Ansatz in Zukunft interessant sein. So wird zum Beispiel seit einiger Zeit an der Herstellung von Plastik aus Methan geforscht.

Letztlich stehen wir vor der Entscheidung, die Lebenszeit des alten Energiesystems um weitere 30–40 Jahre zu verlängern, oder heute den Umbau des Systems anzugehen. Den klassischen Energiekonsumenten wird es dann binnen weniger Jahre nicht mehr geben. Aus dem „Consumer“ wird der „Prosumer“, der benötigte Energie teilweise oder ganz selbst erzeugt, Überschüsse einspeist und nur noch ergänzende Energie von außen bezieht. Energieversorger- und Netzbetreiber müssen sich in Zukunft auf diese neue Situation einstellen.

Speichertechnologien werden nicht nur einen zügigen Umstieg auf ein regeneratives Energiesystem ermöglichen, sondern nebenbei auch die Energiemärkte revolutionieren. Wenn wir bis 2050 eine regenerative Vollversorgung anstreben, muss diese Entwicklung in den nächsten 10–15 Jahren stattfinden, ansonsten werden wir die Fortsetzung des jetzigen Energiesystems erleben. Es gilt daher bei der Novelle des EEGs, ganz genau hinzuschauen, mit welcher Absicht Energiespeicher gefördert werden sollen, als Teil eines ganzheitlichen Ansatzes für ein regeneratives Energiesystem oder zur Absicherung des Vorranges fossil-atomaren Grundlaststroms. Käme letzteres, wäre dies ein Pyrrhus-Sieg für die Verfechter Erneuerbarer Energien.

Dipl.-Geogr. Valentin Hollain

Wissenschaftlicher Mitarbeiter EUROSOLAR e.V.

Für weitere Informationen vgl. www.eurosolar.org.



Plug-in Hybrid

Interview mit Bernhard Köhler, COO Fisker Automotive

Red: Wie erklärt sich mit Blick auf Ihre Herkunft ihr unternehmerisches Engagement mit Fisker Automotive in den Vereinigten Staaten: Ist der US-amerikanische Standort attraktiver als der Europäische?

Köhler: Der erste Grund ist: Henrik Fisker und ich gründeten bereits 2005 in Amerika eine Firma: Fisker Coach Build. Zusammen mit Quantum Technologies ergab dies Fisker Automotive. Wir arbeiteten also bereits in Amerika. Mit der Firma Quantum fanden wir einen Development-Partner, eigentlich fast zufällig, auf der Suche nach einem power train in diese Richtung. Wir wussten nicht genau: normaler Hybrid oder Plug-in Hybrid. Als wir dann mit Quantum näher ins Gespräch kamen, zeigte sich, dass sie schon seit 2003 in diesem Bereich, und zwar für das Militär, tätig waren. Es gab also ein Produkt, das wir so übernehmen konnten. Wir mussten lediglich ein Auto um das vorhandene power train bauen. In Deutschland oder Europa hatten wir keinen Ansprechpartner für diese Aufgabe.

Red: Wie steht es denn nun mit dem technologischen Fortschritt im direkten Vergleich zwischen den Ländern?

Köhler: Also wenn wir mal das Auto weglassen und nur auf den power train schauen: es gibt momentan in der Welt keinen Plug-in Hybrid; der erste Plug-in Hybrid kommt jetzt von uns, zur gleichen Zeit von GM, der Chevy Volt. Und parallel hat Toyota den Prius Plug-in Hybrid angekündigt, ich denke mal mit einer Reichweite von 13 Meilen, also noch nicht sehr großartig. Es handelt sich dabei mehr oder weniger um einen umgebauten Prius. Das heißt, der Plug-in power train kommt momentan eigentlich mit GM aus Amerika und Toyota baut einen. Ich kenne momentan aber keinen europäischen Hersteller, der innerhalb der nächsten Jahre einen Plug-in Hybrid anbieten wird.

Red: Und welche Zukunft sehen sie für diese Technologie im Vergleich zur reinen Elektromobilität?

Köhler: Eine sehr große. Zur Zeit werden sich die Kunden ein reines Elektrofahrzeug vielleicht als zweit- oder Drittfahrzeug zulegen. Es wird aber wichtig sein, inwieweit das Fahrzeug täglich nutzbar ist. Ein Plug-in Hybrid kann bei vollgeladener Batterie als vergleichbares Elektrofahrzeug bewegt werden, hat aber nach kompletter Entladung die Möglichkeit, mit dem range extender, mit dem Benzinmotor, das Fahrzeug in dem gleichen Leistungsbereich weiter zu bewegen. Bei einem Elektrofahrzeug erreicht man – ob nach 100, 200 oder 300 Meilen den Zeitpunkt, dass die Batterie leer ist. Wenn ich dann gerade unterwegs bin, komm ich nicht mehr weiter. Das ist bei unserem Fahrzeug nicht der Fall. Wir werden den Zeitpunkt erreichen, dass eine Batterie in sehr kurzer Zeit auf-



© Fisker Automotive

geladen werden kann. So, wie ich heute an der Tankstelle ein Fahrzeug betanke, kann ich dann eine Batterie in einem Fahrzeug aufladen. Nach ca. fünf bis zehn Minuten Ladezeit bzw. 50 bis 100 km Reichweite ist sicher der Zeitpunkt erreicht, dass wir rein elektrisch betriebene Fahrzeuge als Alltagsfahrzeug verwenden können. Bis dahin ist allerdings noch ein weiter Weg. So denke ich, dass die Plug-in Hybrids über die nächsten 10 bis 15 Jahre eine sehr dominante Rolle einnehmen werden und mit Sicherheit auch – sobald verfügbar – den normalen Hybrid, den wir heute kennen, ersetzen werden.

Red: Dann hängt aber bestimmt Vieles auch an der Infrastrukturplanung, die Ladestellen betreffend.

Köhler: Ja. Es ist aber auch sehr wichtig, dass – wie bei un-

serem Fahrzeug – das Fahrzeug über Nacht geladen wird, so dass es in der Früh, wenn man zur Arbeit fährt, mit einer vollgeladenen Batterie, 80 km rein elektrisch, zur Verfügung steht. Sobald ich die Möglichkeit habe, das Fahrzeug zwischendurch in der Stadt zu laden, kann ich natürlich die Reichweite vergrößern. Wichtiger ist aber noch die Ladung über Nacht, am Wohnort des Kunden.

Red: Wie wichtig ist ihrer Einschätzung nach denn, dass von Seiten der Politik mit Blick auf zu verbessernde Rahmenbedingungen und vielleicht auch Finanzhilfen noch mehr unternommen wird?

Köhler: Das ist sehr wichtig. Zum einen werden natürlich momentan in Amerika mit der neuen Regierung Firmen wie Fisker Automotive sehr stark unterstützt. Das heißt: die Rahmenbedingungen hier sind sehr gut. Das Department of Energy hat für viele Firmen, nicht nur für Fisker Automotive, verfügbare Kreditprogramme. Wenn der Businessplan des Produktes gut genug ist, bekommt man einen Kredit, der allerdings voll – wenn auch mit einem geringen Zinssatz – zurück bezahlt werden muss. Das ist also kein Geschenk vom Staat, hilft uns aber sehr. Zum zweiten, und das ist momentan eigentlich nicht nur in Amerika so, gibt es Unterstützung zum Kunden: der Kunde bekommt einen Steuerfreibetrag, wenn er ein Fahrzeug mit einer gewissen Batteriegröße kauft. Das sind in Amerika momentan 7.500 Dollar; andere Staaten haben das auch schon in Planung. Zugleich kommt hinzu, dass die Besteuerung von Fahrzeugen bzgl. ihres CO₂-Gehalts deutlich angehoben wird. Für Fahrzeuge mit normalen Verbrennungsmotoren, heißt dies natürlich: je größer desto teurer. Unser Fahrzeug wird sich davon abheben: Die Kunden können nicht nur unmittelbar beim Fahrzeugkauf Geld sparen, sie sparen auch zukünftig durch einen reduzierten Benzinverbrauch und entsprechend geringere Steuerlast. Es ist sehr wichtig, was die Länder tun. Auch wenn die Größenordnung nicht unbedingt in allen Ländern gleich ist: Die Steuer kann auf alle Fälle mit dazu beitragen, dass der Kunde ein sauberes Fahrzeug kauft.



Bernhard Köhler, Chief Operating Officer Fisker Automotive

Zunächst arbeitete Bernhard Köhler für BMW in München, später u.a. für Ford Motor Company's Global Advanced Design Studio (CAPC) in Southern California in den USA als Director of Business and Operations. 2005 gründete er zusammen mit Henrik Fisker das Unternehmen Fisker Coachbuild. 2007 entstand Fisker Automotive aus einem Joint Venture zwischen Fisker Coachbuild, LLC, und dem Hersteller von umweltfreundlichen Antriebssystemen, Quantum Fuel Systems Technologies Worldwide, Inc. Henrik Fisker, heute CEO von Fisker Automotive, Chefdesigner bei Aston Martin und Präsident von BMW Designworks USA.

Fisker Automotive ist ein amerikanischer Automobilhersteller im Premiumsegment, der die Idee verfolgt, die Automobilindustrie durch hochwertiges Design und umweltfreundliche Antriebstechnologien in eine neue Ära zu führen. Die Hauptniederlassung befindet sich in Irvine, Kalifornien, USA.

Jüngst einigten sich das US-amerikanische Energieministerium und Fisker Automotive über ein Darlehn in Höhe von über einer halbe Milliarde Dollar, insbesondere für den Bau eines Plug-in Hybridfahrzeuges bzw. das Projekt des gleichnamigen Fahrzeuges „NINA“ (inspiert durch das Flaggschiff des Christoph Kolumbus). Das Projekt bzw. Fahrzeug soll den Wechsel der alten zur neuen Autoindustrie symbolisieren. Die voraussichtlich 2012 auf den Markt kommenden Fahrzeuge sind zu einem großen Teil für das Ausland, u.a. Europa, vorgesehen. Zu den von Fisker Automotive bereits hergestellten Plug-in Hybrid Fahrzeugen zählt der „Karma“.

Weitere Informationen erhalten Sie unter <http://www.fiskerautomotive.com/>

Red: Nun gut, wenn der Staat sich mit direkten Geldhilfen einmischt, besteht natürlich immer die Gefahr, dass eine Entwicklung gegenüber einer anderen bevorzugt wird. Möglicherweise wird dabei die Bedeutung des Öffentlichen Personennahverkehrs und das Hand-in-Hand-Gehen desselben mit individueller Mobilität ins Hintertreffen geraten. Wenn man bedenkt, dass ein Großteil des Energieverbrauchs, wie er sich in einem „Autoleben“ vollzieht, bereits im Herstellungsprozess verwendet wird, drängt sich natürlich die Frage auf: warum investieren wir nicht mehr in den ÖPNV und die Verkopplung mit Individualverkehr. Wäre das nicht ökonomischer?

Köhler: Ich denke nicht. Der Verbraucher muss in jedem Fall die Wahlfreiheit behalten. Man kann den Kunden nicht nur anbieten, den Bus, die S-Bahn, den Zug zu nehmen. Die Netze sind teilweise gut ausgebaut, teilweise nicht. Ich denke, hier in Kalifornien haben wir vielleicht ein größeres Problem als vielleicht in New York oder in Europa, z.B. in München oder Berlin. Der Kunde wird sich aber immer wieder an der flexiblen Mobilität, bei der er nicht auf einen Fahrplan schauen muss, orientieren. Wir verkaufen jährlich – vielleicht in diesem Jahr etwas weniger – ca. 50 Millionen Fahrzeuge. Wenn wir etwas beitragen können, dass eine gewisse Menge dieser Fahrzeuge, umweltfreundlich werden, haben wir viel erreicht und gehen in die richtige Richtung. Der Nahverkehr muss, auch wenn er in den verschiedenen Bereichen gut ausgebaut ist, wachsen. Wir haben aber auch eine Verantwortung gegenüber dem Kunden, dass Fahrzeuge, die er jeden Tag bewegt, reine Elektrofahrzeuge oder auch Plug-in Hybrid-Fahrzeuge werden.

Red: Was halten Sie von dem Projekt von Shai Agassi „Better Place“?

Köhler: Vom Ansatz ist es gut. Um das Projekt umzusetzen muss man sich allerdings auf eine bestimmte Batterie einigen, was angesichts der unterschiedlichen Größen und Eigenarten der Fahrzeuge nicht so einfach ist. Kleinere Stadtfahrzeuge könnten sich unter einem solchen Programm gut ansiedeln lassen; bei größeren wird es schwieriger. Das schnelle Auswechseln einer Batterie, wie bei einem Akku, wird sich nicht so einfach lösen lassen. Und es gibt weitere Probleme: wo werden die Batterien gelagert, wo werden sie wieder geladen?

Red: Was wünschen Sie sich noch von der Politik?

Köhler: Enorm wichtig ist, und das passiert in Amerika auch schon, dass die Politik mithilft, die Kunden über das Produkt zu informieren. Es ist teilweise sehr schwierig, dem Kunden die Gewissheit zu vermitteln, dass die Technologie sicher ist. Sobald wir alle Tests durchlaufen haben, wird es wohl auch für den Start eine „sichtbare“ Unterstützung geben, etwa dass Plug-in Hybrids – allgemein, nicht nur unsere Fahrzeuge – z.B. im Postbetrieb oder beim Government eingesetzt werden.

Red: Wären nicht auch noch strengere steuerliche Rahmenbedingungen hilfreich?

Köhler: Das passiert ja schon. Wir haben jetzt ja schon unser 135 g CO₂-Ziel und kommen runter auf 120 g, dann auf 95 g. Fisker Automotive muss dann eben mit allen Fahrzeugen, die wir bauen, dies erreichen. Wir liegen schon bei 85 und mit dem Projekt „NINA“ liegen wir bereits bei ca. 68 g. Und es gibt teilweise Zonen, in die ein „normales“ Fahrzeug – mit fossil betriebenen Verbrennungsmotor - nicht mehr einfahren darf...

Red: ... solche Zonen zeichnen sich nur leider teilweise dadurch aus, dass sie ihre Strenge dann einbüßen, wenn sie als Maßnahme konkret werden.

Köhler: Das größte Problem liegt darin, dass wir noch keine Produkte haben. Man kann keine Limits aufstellen, wenn der Kunde bzw. Verbraucher keine Alternativen hat. Momentan warten sehr viele Kunden und Verbraucher auf eben diese Produkte: Elektrofahrzeuge, Plug-in Hybrids. Zur Zeit gibt es nur kleine, für den Stadtbetrieb geeignete, Elektrofahrzeuge. Der Verbraucher hat Angst, dass er mit dem Fahrzeug liegen bleibt. Wir müssen eben diese fehlenden Produkte schaffen.

Herr Köhler, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte

Dr. Nina Scheer am 9. Dezember 2009

Brauerei Clemens Härle erhält Deutschen Solarpreis



Den Deutschen Solarpreis in der Kategorie „Industrielle, kommerzielle und landwirtschaftliche Unternehmen / Betriebe“ nahm Karl-Clemens Härle am 17. Oktober 2009 im Bürgersaal des Rathauses in Karlsruhe entgegen. Die Brauerei wird als „Klimaneutrale Brauerei mit regionalem Konzept“ ausgezeichnet.

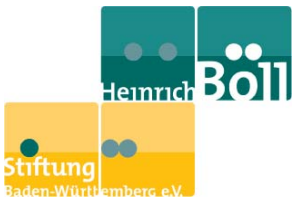
EUROSOLAR, Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien e.V., vergibt den Deutschen Solarpreis seit 1994 jährlich an Kommunen, Unternehmen, Einzelpersonen und an Organisationen, die sich um die Nutzung und Anwendung der Erneuerbaren Energien in allen verfügbaren Formen verdient gemacht haben. Mit der Verleihung soll das Interesse für Erneuerbare Energien in der Öffentlichkeit geweckt und gefestigt werden. Es werden herausragende innovative Projekte, Initiativen und Engagements ausgezeichnet. Eigentümer oder Betreiber von Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien wie privater Plusenergiehäuser, Schulen und andere Bildungseinrichtungen sowie 100 %-Kommunen – also Gemeinden, die Initiativen ergreifen, um sich vollständig aus Erneuerbaren Energien zu versorgen, werden mit Plaketten ausgezeichnet.

In Kürze online: www.ecopreneur.eu



Eine starke Stimme für eine nachhaltige Wirtschaft in Europa

Der sich derzeit mit fünf Mitgliedsländern und deren grünen Unternehmervereinigungen in Gründung befindliche Dachverband Ecopreneur bekommt eine eigene Homepage. In Kürze online, können hier – mehrsprachig – Informationen über das Profil und die Grundsätze des Dachverbandes entnommen werden. Der gemeinsame Internetauftritt präsentiert zudem Themen, wie sie von dem Dachverband, etwa in Gesprächen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Vertretern der Europäischen Kommission, verfolgt werden. Informieren Sie sich demnächst unter www.ecopreneur.eu



Ethik in der Krise?

Bericht über die UnternehmensGrün Jahrestagung vom 17. Oktober 2009 in Leutkirch, veranstaltet in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg e.V.



Die Tagung besuchten ca. 60 Teilnehmer.

Bereits der Ort der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, die Malztenne der Brauerei Clemens Härle in Leutkirch (Allgäu), ließ eine Assoziation mit der Thematik der Tagung zu. Die nunmehr in vierter Generation geführte, regional- und seit diesem Jahr CO₂-neutral wirtschaftende Brauerei umreißt als Praxisbeispiel, was sich unter ethisch-verantwortungsvolles Wirtschaften subsumieren lässt – ohne Krise. Dass sich weiträumiger und global betrachtet dennoch die Fragestellung: „Ethik in der Krise?“ aufdrängt, wenn nicht gar mit einem Ausrufungs- statt einem Fragezeichen versehen, gab Gottfried Härle in seiner Einführung zu bedenken. Zur Bewältigung der Finanzkrise müsse mit Hilfe von Entschleunigung und besseren Kontrollen eine Neuordnung des Bankwesens folgen. „Ich vermisse sowohl Ursachenforschung als auch öffentliche Selbstkritik der Banker“, so Härle. Ebenso unzureichend sei die Auseinandersetzung seitens der Wissenschaft mit den die Krise verursachenden Faktoren. Es gelte sowohl eine tiefgreifende Analyse der Mängel im System Marktwirtschaft und der Mängel in der Ausbildung des betriebswirtschaftlichen Nachwuchses vorzunehmen, als auch Grundprinzipien aufzustellen, welche Konsequenzen aus der Krise mit Blick auf ihre Verursachung zu ziehen sind.



v.l.n.r.: Dr. Astecker, W. Münch, W. Kretschmann

Prof. Dr. Franz Josef Radermacher, Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung Ulm, knüpfte an eben diese Aufforderung an und skizzierte die katalytische Funktion der Finanzen mit Blick auf die Realökonomie. Ohne die Ordnung der Finanzen könne es keine Ordnung der

Gesamtwirtschaft geben. Die Wirtschaftskrise sei ein Luxusproblem und bedürfe zu ihrer Überwindung der Beseitigung von Armut. Insofern sei die Entwicklung der Weltbevölkerung der alles entscheidende Faktor. Radermacher rückte den Freihandel in das Zentrum der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Der „Beitrag“ der Industrienationen sei über dieses Instrument eine alles legitimierende und mit den Worten „ihr dürft auch!“ zusammen zu fassende Haltung, wohl wissend, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer eben nicht so konnten, wie sie „durften“. Eine in dieser Weise wirtschaftlich dominierte Weltordnung

ändere sich allerdings mit den heute allseits – auch in Armut – verfügbaren Kommunikationsmedien: „Die Gier des Kapitalismus in Addition mit modernen Kommunikationsmedien ergibt die Chance für Chinesen auf ein 10 – 12 %iges Wachstum“. Den alten Industrienationen bliebe dann



Gottfried Härle

noch zu fragen: „Was können wir noch, wenn die anderen auf einmal auch können?“ Eigentlich, so sein Zwischenfazit, müssten wir über eine solche Entwicklung doch froh sein, die wohlgeartet politisch so nie entschieden worden wäre. Wäre da nicht die sich zugleich explosionsartig vollziehende Partizipation an Ressourcenvorkommen, so dass der Kollaps drohe. Werde nicht gehandelt, so drohten Umweltfolgeschäden von 5 - 8 % des BIP.

Als Schlüsselbegriff eines Ausweges benannte Radermacher die Demokratie bzw. „Governance“, auf internationaler Ebene. Es müsse immer auch für die „nicht erfolgreiche Seite“ eine Möglichkeit des Entscheidens geben. „One person, one vote“ sei die entscheidende Frage für Macht und Ethik, da jeder Mensch gleich wichtig sei. Ein Beweis für die Bedeutung von „Governance“ könne der Sport geben: „Dass wir einen Sportler ob seiner über den Wettbewerb erbrachten Leistungen honorieren, hängt nicht von seiner Leistung, sondern von den Regeln ab, die wir dem Sport setzen“, so Radermacher. Der Wettbewerb sei nicht für das Ergebnis, sondern für die Performance entscheidend. So müssten sich auch alle ethischen Fragen in Regelsetzung ausdrücken, um die Freiheit des Einzelnen zu wahren. Diese erfordere die Möglichkeit, individuelle Wünsche zu verwirklichen und sie gemäß dem Gleichheitsprinzip staatlich zu regeln. Insofern sei Freiheit die Freiheit des anderen. Das Streben nach Gleichbehandlung missachte häufig die Behandlung von Ungleichheit und habe – in Form des Regeldefizits – Unfairness und Unvernunft zur Folge. Dies resultiere aus einem falsch verstandenen Freiheitsparadigma.

Die Überwindbarkeit der Krise bis 2050 sieht Radermacher in dem „Regulierungsthema Klima“, welches aufs Engste mit der Energiefrage verknüpft sei. Er stufte Desertec als ein „interessantes Projekt“ ein und will auch in Super Geopower – der Wärmeenergiegewinnung von Erdbohrungen in einer Tiefe von ca. 15 km – die maßgeblichen zukünftigen Energievorkommen sehen. Man benötige Energie „die es heute noch nicht gibt“, so die etwas flüchtig gehaltene Einschätzung Radermachers.

In der Frage nach der Wahrscheinlichkeit der Erreichung von hinreichenden Lösungen bzw. Governance bezieht sich Radermacher auf die Kognitive Psychologie und folgert: „Wenn sich Menschen an etwas gewöhnt haben, kann dies nicht geändert werden“. Das Ergebnis einer demokratischen Abstimmung wolle keiner. Die Mehrheit wolle eine Lösung, die den Einzelnen wenig trifft. Die Lösung müsse aber auf dem ganzen Globus akzeptabel sein. So prognostiziert Radermacher, dass zu 50 % die Wahrscheinlichkeit des Kollapses, der Verarmung bzw. „Brasilianisierung“ bestehe. Über die Globalisierung werde die Demokratie ausgehebelt. Um dies zu verhindern, müsse in den Industrienationen zu 98 % gespart werden, die Preise die „Wahrheit sagen“, die



Das abschließende Podium: Hanna Gersmann im Gespräch mit Florian Gerster.



Lebensstile dematerialisiert, Regulierungen eingeführt und ein Umbau der Gesellschaft vorgenommen werden.

Auch an dieser Stelle geht Radermacher auf die Energiefrage kurz ein, indem er die Schwierigkeit der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien, etwa im Bereich der CO₂-Reduktion mit Hilfe energetischer Sanierung, benennt. Dies brauche Zeit, sei eine große ethische Herausforderung und müsse für alle zustimmungsfähig sein.

Auf internationaler Ebene erkennt Radermacher einen lobenswerten Fortschritt in dem Übergang von G8 auf G20 im Sinne einer „Chance für Veränderungen“.

Das Weltfinanzsystem skizziert er als etwas, in dem „fast alles richtig und nur ein bisschen falsch“ war, anderweitig hätte es nicht funktioniert. In der Analyse des Systems sei die alles entscheidende Frage, wo der Kredit herkomme. Das Wesen von Kleinkrediten über genossenschaftlich organisierte Institute sei nicht auf den Weltfinanzmarkt übertragbar. Anders als bei dem auf einen Bedarf zugeschnittenen Naturalhandel biete sich über das Wesen des Pfandes die Möglichkeit der Erzeugung von Geld aus dem Nichts um Transaktionen zu ermöglichen und um anschließend wieder vernichtet zu werden. Die klügsten Köpfe entwickelten Erfolgsbeteiligungen in Prozenten: „Physiker finden sich im Finanzsektor wieder“. Auf der Grundlage von Basel II*, einem „fast richtigen“ Regelungswerk, nutzten Großbanken die Möglichkeit des massenhaften Aufkaufens von Krediten, wobei die Mittelständler leer ausgingen. Ist 1. die Pflicht zur Eigenkapitalhinterlegung und 2. die Fähigkeit des Kreditnehmers, den Kredit zurück zu zahlen, erfüllt, besteht 3. die Möglichkeit der Pflichtentledigung: einem Einfallstor der massenhaften Verbriefung. Hier werden Kredite verkauft unter Freiwerden des Eigenkapitals. Die Frage, weshalb entsprechende Kredite Käufer finden, ließe sich über die u.a. von Lehman Brothers im Rahmen von Garantiegeschäften abgegebenen Wertgarantien beantworten: Wird der Wert eines Kredits beim Verkauf desselben nicht wieder eingeholt, zahlt die Versicherung. Der Gegenwert bemisst sich über zwei Prozent des Nennwerts. Mit einer solchen, über Unterschriften gestalteten, „Wertschöpfung“ seien – abgesichert über „fünf Gorillas“ – 60.000 Mio. US-Dollar Gewinn bei einer Hinterlegung von ca. einer Milliarde Dollar erzielt worden.

Insofern liege eine weitere entscheidende Herausforderung der Zukunft in der Entschuldung der Staaten. Vernünftigerweise müssten zur Regelung der globalen Prozesse die Finanzparadiese abgeschafft und Steuern eingerichtet werden. Insofern „haben wir an sich kein ethisches Problem“ ist Radermacher überzeugt: „Wir sind Verbalethiker“. Problematisch sei, dass es sich immer noch rechne, ethisch unkorrekt zu handeln. Als Vorbildhaft skizzierte er das System der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft als Nachhaltigkeitsdreieck der Eckpunkte „sozial“, „ökologisch“ und „ökonomisch“. In Anlehnung an den Freiheitsbegriff bedeutete dies: „wer schmutzt, der zahlt“. Die Auseinandersetzung mit

der verbreiteten „Individuethik“ sei hingegen wenig hilfreich. Diese führe in das Gefangenendilemma und werde insoweit hinsichtlich ihrer Lenkungswirkung überschätzt.

Die Podiumsdiskussion zählte zu ihren Teilnehmern Klaus Stähle, Vorstandsmitglied UnternehmensGrün, Dr. Wolfgang Astecker, Malik Management Zentrum St. Gallen, Prof. Dr. Christiane Schwieren, Alfred-Weber-Institut Universität Heidelberg, Winfried Kretschmann, MdL, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen, Stuttgart und Wilfried Münch, Leiter GLS Bank Stuttgart. In Auseinandersetzung mit dem Begriff der „Wirtschaftsethik“ hielt man fest, dass sich bereits deren Wortbestandteile nicht vereinbaren ließen. Ein ökologischer Faktor könne aber bei einer – auch ethisch begründbaren - Verhinderung der Klimakatastrophe zugleich ein Befreiungsschlag aus der Wirtschaftskrise sein, so Kretschmann. Schwieren unterstrich den „Nutzen“ von Ethik, wie diese für sozialen Ausgleich und größere Zufriedenheit in der Gesellschaft führe. Astecker wies auf das Systemische der Krise hin: man versuche Probleme mit den Ursachen derselben zu lösen. Lösungsstrategien lägen in langfristigen Konzepten und der aus dem Produkt heraustretenden Marktfähigkeit eines Unternehmens. Für den Bankensektor verwies Münch auf das Selbstverständnis und Konzept der GLS Bank: Eine Bank habe keine Refinanzierung auf dem Kapitalmarkt vorzunehmen. Die Frage des die Diskussionsrunde moderierenden Wirtschaftsredakteurs Raimund Haser, weshalb solche Regeln nicht Bestandteil von Rahmenbedingungen seien, beantwortete Schwieren mit der Schwierigkeit, ein entsprechendes Bewusstsein als einen interdisziplinären Denkansatz in die relevanten Disziplinen und bereits deren Lehrpläne hineinzulernen. Dabei bräuchte man an sich nur den Menschen als soziales Wesen für eine korrekte Definition des „Homo oeconomicus“ heran zu ziehen. Stähle gab zu bedenken, dass unethisches Verhalten häufig von Mitarbeitern mitgetragen werde. Die innerbetriebliche Kultur und das Honorieren ethisch korrekten Verhaltens könne insofern ein entscheidender Faktor in der Realisierung eines ethischen Anspruchs der Gesellschaft sein.

Kretschmann appellierte, die Politik solle wörtlich nehmen, dass sie der Allgemeinheit diene, anderweitig entstehe eine Parallelgesellschaft. Er nannte die Maßnahme zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes von PKW auf 120 g/km als Beispiel, dass die „Macht des Verbrauchs“ durch kleine Regeln begrenzt werden könne. Mit einem Verweis auf die Erfolge des Oberbürgermeisters Boris Palmer (Tübingen) unterstrich Kretschmann die Kraft der Realität und Tat. „Das Erfolgsmodell EEG beweist das Potential national anzusetzender Maßnahmen“ so Kretschmann und schloss mit Aristoteles: „Man braucht die Jugend nicht mit Ethik zu konfrontieren, wenn sie von Hormonen gesteuert ist“.

An die von Radermacher hervorgehobene und für ein wertebasiertes Wirtschaftssystem unabdingbare demokratische Legitimation entsprechender Regularien knüpfte auch Florian Gerster, Präsident des Arbeitgeberverband Neue Brief

und Zustelldienste (AGV NBZ), im Rahmen des von Hanna Gersmann, die tageszeitung, geführten Podiumsgesprächs an: „Die Politik muss von den Wählern gezwungen werden, alles unter Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit zu stellen“, so Gerster. Dabei sieht er Deutschland in der Erreichung eines „ethischen Konsums“ – wenn auch zur Zeit noch zwischen zwei Welten – auf einem guten Weg. Die Frage Gersmanns, ob die Wirtschaftskrise möglicherweise zu kurz gewesen sei, verneinte Gerster mit seiner Einschätzung, bei den meisten Akteuren sei angekommen, es könne nicht so weiter gehen wie vorher. Die Politik müsse aber noch mehr ihre dienende Rolle einfordern und wahrnehmen, wie sie z.B. aus dieser Position heraus die LBBW in ihre Schranken zu



Prof. Dr. Radermacher

weisen habe. Die Volkswirtschaft sei insgesamt klüger geworden. Begünstigend wirkten geburtschwache Jahrgänge: Man sei sich bewusst, dass Entlassungen mit Blick auf zukünftige Auftragsengänge Probleme verursachten. Zum Thema Mindestlohn sprach sich Gerster für das „Mainzer Modell“ aus, das als ein Mindesteinkommen-Modell einer Bedarfsgemeinschaft zu definieren sei und sich aus Arbeitslohn und Sozialleistungen zusammensetze. Er hält einen gesetzlichen Mindestlohn von sechs 6,00 € realisierbar. Den Post-Mindestlohn bezeichnete Gerster als Monopolisierung.

Dr. Nina Scheer
Geschäftsführerin UnternehmensGrün

*** Ein Hinweis für den aufmerksamen Leser:**
UnternehmensGrün hat sich schon in der Entstehungsphase von Basel II intensiv mit zu erwartenden Folgen, insbesondere durch das Wirken von Rating-Agenturen auseinandergesetzt, etwa in Form der Kritik, Ratingergebnisse im Gesetzgebungsverfahren zu Basel II als Norm verbindlich festzulegen, und trug dies im Rahmen einer Anhörung des genannten Verfahrens mit Eugen Schlachter, Vorstand UnternehmensGrün (heute auch MdL, Stuttgart) als Sachverständigem vor. Details können unter folgendem link nachgelesen werden, vgl. insbes. die Rand-Nr. IV., V. und VI.: <http://www.eugen-schlachter.de>

Klimaschutz mit Rendite

Die Nutzung erneuerbarer Energien ist wirtschaftlich und zuverlässig. Die Technologie ist ausgereift und die Prozesse basieren auf langjährigen Erfahrungen. Eine Investition in unsere Anlagen liefert Ihnen sichere Renditen und macht Sie unabhängig. Das lohnt sich für Unternehmen, Privatpersonen und besonders für Kommunen. Beginnen Sie jetzt eine saubere Zukunft. Wir liefern alles aus einer Hand. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir erneuerbare Energien wirtschaftlich und zuverlässig durchsetzen.

www.juwi.de



Mitgliedsantrag / Bestellschein

An:
UnternehmensGrün e.V.
Bundesverband der grünen Wirtschaft
Wielandstraße 17, 10629 Berlin, per Fax an 030-325 99 682
www.unternehmensgruen.de

Unternehmen _____

Vorname _____ Nachname _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

Tel/Fax _____

E-Mail-Adresse _____

⇒ Ich interessiere mich für UnternehmensGrün und bitte um **weitere Informationen.**

⇒ Ich abonniere den **kostenlosen UnternehmensGrün-Newsletter.** (erscheint alle 4 Wochen, Abmeldung jederzeit möglich)

⇒ Ich abonniere das **UnternehmensGrün Journal.** (unbefristet, erscheint halbjährlich, 25,00 € incl. Versand pro Jahr, fällig nach Erhalt der ersten Ausgabe, Abbestellung acht Wochen vor Jahresende)

⇒ Ich unterstütze UnternehmensGrün durch eine Spende in Höhe von € (Spendenbescheinigung erhältlich)

⇒ **Ich möchte UnternehmensGrün-Mitglied werden!**

Wir werden als **Unternehmen** Mitglied

Ich werde als **Einzelperson** Mitglied

Ich werde **Fördermitglied*** * Fördermitglieder können Privatpersonen werden, die nicht zugleich Unternehmer bzw. Selbständige oder leitend in der Wirtschaft Tätige sind.

Ich entscheide mich für den jährlichen

Regelbeitrag von 650,00 € reduzierten Beitrag von 325,00 €

Fördermitgliedsbeitrag von mind. 120,00 €

Datum und Unterschrift _____

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige UnternehmensGrün, bis auf Widerruf die fälligen Beträge von meinem Konto abzubuchen.

Bitte buchen Sie **jährlich** ab. Bitte buchen Sie **monatlich** ab.

Konto-Nr. _____ BLZ _____

Geldinstitut _____

KontoinhaberIn _____

Datum und Unterschrift KontoinhaberIn _____

